

Rede zum politischen Aschermittwoch von Martina Ammann, Fraktionsvorsitzende

10.03.2014

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Gäste

ich werde nur eine kurze Rede halten, weil ich glaube, dass wir den heutigen Abend nutzen sollten um ausführlich miteinander zu reden. Außerdem erwartet uns noch ein sehr attraktive Kulturprogramm.

Ich möchte zur aktuellen Berichterstattung in den Medien nach unserer Wahlversammlung Stellung nehmen.

Wir haben in einem Pressegespräch über die Arbeit der Fraktion in den zurückliegenden 3 Jahren gesprochen. Viele von Euch waren dabei, als wir über die Entscheidung zur rot-rot-grünen Kooperation in Mitgliederversammlungen berichtet und diskutiert haben. Es gab zunächst nach den ersten Verhandlungen eine Mehrheit der Mitgliedschaft für die Fortsetzung der ersten Verhandlungen.

Nach Abschluss der Kooperationsgespräche entschied 2011 die Mehrheit der Mitglieder, eine rot-rot-grüne Zusammenarbeit im Rat zu starten. Im letzten Jahr wurde von der Fraktion eine sog. „Zwischenbilanz“ vorgelegt.

Für uns ist es eine Selbstverständlichkeit, dass über Kooperationen die Mitglieder – d.h. die Basis - entscheiden. So war es in der Vergangenheit immer und so wird es auch bleiben. Eine Kooperation kann nur gelingen, wenn die Fraktion von den Mitgliedern des Kreisverbandes unterstützt wird.

Ob diese Konstellation überhaupt noch einmal stattfinden wird kann heute niemand sagen.

Wir können nicht in eine Glaskugel schauen, eine Wahrsagerin befragen oder Horoskope studieren - das Wahlergebnis 2014 steht noch nicht fest.

Das ist insofern gut, weil wir jetzt noch großen Einfluss auf ein gutes Ergebnis nehmen können. Wenn es uns gelingt, gemeinsam in diesem Jahr 3 gleichzeitig stattfindende engagierten Wahlkämpfe zu organisieren nutzt das zuallererst den Menschen in Duisburg.

Für Menschen mit sozialem Gerechtigkeitsempfinden, für eine friedliche Welt gibt es nur eine Wahl - DIE LINKE - bei der EU-Wahl, der Kommunalwahl und bei der Wahl des Integrationsrats.

Wahlkampf ist wie der Name schon sagt zunächst einmal Kampf. Aber er bietet auch viele Chancen.

Wir haben die große Chance, unsere Ideen und Erfolge an den Mann und an die Frau zu bringen. Wir können erklären, wie ein soziales, friedliches und ökologisches Duisburg aussehen kann. Duisburg braucht eine starke Linke – auf der Straße und im Rathaus.

Bei der Presseberichterstattung der letzten Tag ist mir u.a. eine Falschmeldung aufgefallen. Hier wurde behauptet, in Duisburg findet kein Klassenkampf statt. Da habe ich im letzten Jahr ganz andere Erfahrungen gemacht.

Der monatelange Kampf der Kolleginnen und Kollegen beim Schienenwerk TSTG war ein Klassenkampf von oben. Hier haben 400 Beschäftigte über Monate für ihre Arbeitsplätze gekämpft.

Unterstützt wurden sie während der ganzen Zeit von den Linken – und zwar von der Partei und der Fraktion. Und neben der örtlichen Linken unterstützte auch Sahra Wagenknecht in einer beeindruckenden Rede die streikenden Kolleginnen und Kollegen.

Dieser Klassenkampf wird weitergehen. In der vorletzten Woche zogen einige Tausend Beschäftigte des Thyssen-Krupp-Konzerns zur Hauptverwaltung nach Essen. Auch sie kämpfen für den Bestand ihrer Arbeitsplätze. Zu dieser Krise hat auch der Vorstand des Thyssen-Krupp-Konzerns mit folgenschweren Managementfehlern und Fehlentscheidungen beigetragen.

Wir werden auch hier solidarisch an der Seite der Kolleginnen und Kollegen stehen. Unsere Bilanz nach der die wir in den kommenden Wochen an jedem Infostand gefragt werden hat einiges aufzuweisen.

Am deutlichsten wird erkennbar, wie wichtig eine starke Linke für Duisburg ist, wenn wir uns vorstellen, wie unsere Stadt ohne uns – damit meine ich die Partei und die Fraktion - aussehen würde.

Wer von Euch Lust hat, kann jetzt die Augen schließen und sich die Szenen bildlich vorstellen:

Klappe 1: Duisburg im Frühjahr 2014:

Kultureinrichtungen wie Oper, Theater und Jugendkulturzentren sind schon seit Monaten geschlossen ebenso wie Sporthallen, Stadtteilbibliotheken, Jugendzentren und Seniorentreffs

In den Stadtteilen gibt es kaum noch sozio-kulturelle Angebote. In den vorhandenen Einrichtungen wurden die Eintrittspreise drastisch erhöht.

Die Städtischen Kliniken sind bereits privatisiert. Über den Verkauf städtischen Eigentums wie Wohnungsbeständen der Gebag wird demnächst entschieden.

Die Neuzuwanderer aus Südosteuropa bleiben größtenteils sich selbst überlassen.

Die Einführung des Sozialpasses wurde zurückgenommen. Erste Überlegungen über ein Sozialticket wurden von CDU und FDP als sozialromantische Träumerei linker Spinner verworfen.

Die Sprachförderung für Kinder ist eingestellt. Eltern, die Hilfe für ihr Kinder benötigen müssen sich

selbst Anbieter wie Logopäden und Sprachtherapeuten suchen und privat bezahlen.

Einen Hausmeister an jeder Schule gibt es schon seit Jahren nicht mehr.

Die geplanten 10 zusätzlichen Stellen für Streetworker und Prävention gegen sexuellem Missbrauch werden aus Kostengründen nicht umgesetzt.

Das war kein schlechter Traum

So sähe Duisburg ohne starke LINKE aus, wenn wir nicht die Sparmaßnahmen der Verwaltung gestoppt hätten. Die Szenerie könnte noch fortgesetzt werden. Sie würde zu einer langen Liste sozialer Grausamkeiten anwachsen.

Es kommt im Kommunalwahlkampf auf uns an. Wir sollten uns zusammenraufen und gemeinsam einen streitbaren und solidarischen Wahlkampf führen.

Wie wichtig linke Kommunalpolitik für eine Stadt ist möchte ich an wenigen Beispielen beschreiben:

In einzelnen Stadtteilen lebt jedes zweite Kind in Armut. Familien können nicht mehr am sozialen und kulturellen Leben teilnehmen.

Hier war unser Engagement genau richtig, den Sozialpass einzuführen und auf die dramatische Zahl von Stromsperren hinzuweisen

Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse geht dramatisch zurück. Die Arbeitslosenzahlen bleiben unverändert auf Rekordhöhe.

Wir haben mehrere Anträge gegen Sanktionen des Jobcenters gestellt. Aber wir sind nicht nur im Rathaus aktiv geworden. Seit kurzem findet wieder eine Sozialberatung in den Räumen des Kreisverbandes statt. Regelmäßig verteilen Mitglieder des Kreisverbandes Infomaterial für Arbeitslose

Die Zuwanderung von Menschen aus Südosteuropa wurde von uns schon 2010 thematisiert.

Das Handlungskonzept der Stadtverwaltung ist auf öffentlichem Druck entstanden, den wir mit vorangetrieben haben.

Auch hier haben wir nicht nur im Rathaus agiert. Erstmals hat sich unsere Fraktion am Dialogtisch 2013 beteiligt. Wir führen Gespräche mit Sozialarbeitern und Pädagogen. Aktuell kämpfen wir für eine Beratungsstelle für europäische WanderarbeiterInnen und eine Anlaufstelle für Prostituierte.

Ihr wisst selbst am besten, was in Duisburg alles noch im Argen liegt. Beispiele könnte sicher jeder von Euch noch aufführen.

Ich sehe gute Chancen, bei der Kommunalwahl 2014 mit einem guten Ergebnis abzuschneiden. Linke Themen gibt es mehr als wir politisch bearbeiten können. Und wir verfügen über langjährige politische Erfahrung sowohl im Rathaus als auch in den sozialen Bewegungen.

In diesem Sinne wünsche ich Euch einen unterhaltsamen Abend und viele angenehme Gespräche.

Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit

Haushaltsrede zum Haushalt 2015

25.11.2014

Sehr geehrter Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die Haushaltslage in Duisburg bleibt auch 2015 dramatisch. Die vorgelegten „nicht ganz neuen“ Maßnahmen der Verwaltung, die ein erneutes Finanzloch decken sollen, sind weder kreativ noch weisen sie einen Ausweg. Sie sind ein Akt der absoluten Hilflosigkeit.

Der gemeinsame Antrag von rot-rot-grün ist das Ergebnis von intensiven Gesprächen und der Feststellung der größtmöglichen Übereinstimmung der hier vertretenen Fraktionen. Die Linksfraktion sieht ihre Verantwortung, einen Kahlschlag im Bereich Bildung, Kultur, Sport, Jugend und Soziales zu verhindern.

Ich möchte mich hier darauf beschränken, was uns als Linksfraktion bewegt hat, diesen gemeinsamen Antrag mit SPD und Grünen zu stellen.

Wir wollen eine Stadt für Alle, in der Menschen aller Einkommensgruppen leben können und eine Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben der Stadtgesellschaft gewährleistet ist.

Das schließt die zahlreichen Kürzungen im Bereich von Kultur, Bildung, Sport, Jugend und Soziales aus, weil es insbesondere die Bürgerinnen und Bürger mit geringem Einkommen trifft.

Hierzu ein paar Beispiele:

1. Der auch von der CDU genannte Vorschlag, die Kosten der Unterkunft um über 4 Millionen Euro jährlich zu kürzen, ist für uns mehr als lebensfremd. In Duisburg leben heute schon über 35.000 Bedarfsgemeinschaften die von Hartz-4 betroffen sind und große Befürchtungen haben, nicht in ihren Wohnungen bleiben zu können. Wer glaubt, hier noch eine solche Sparmaßnahme realisieren zu können, glaubt auch an ein Wirtschaftswunder im kommenden Jahr und einen starken Rückgang der Arbeitslosenzahlen in Duisburg. Wer die wirtschaftliche Entwicklung 2015 so einschätzt, der glaubt auch an den Weihnachtsmann.

2. Nicht jeder kann sich jederzeit ein Buch kaufen, es sollte aber jeder jederzeit in der Lage sein, lesen zu können. Deshalb ist die Schließung von Bibliotheken mit uns nicht zu machen.
3. Nur wenige haben ein Schwimmbad im Keller. Schwimmen ist ein Breitensport, den man nicht als Trockenübung erlernen kann, auch nicht unter Lebensgefahr in öffentlichen Gewässern.
4. Sprachförderung ist Integrationsförderung. Wer hier kürzt, der verbaut Wege in eine chancengerechte Gesellschaft.
5. Jugendzentren bieten in den Stadtteilen Freizeitangebote, die nicht nach kommerziellen Gesichtspunkten Kinder und Jugendliche von der Straße holen. Jugendzentren zu schließen mag heute die günstigere Lösung sein, mittel- und langfristig wird sie aber zur teuersten Variante.
6. Die Erhöhung von Elternbeiträgen für Kinderbetreuung führt dazu, dass Eltern mit geringem Einkommen darüber nachdenken, das erhöhte Betreuungsgeld – die sog. Herdprämie - in Anspruch zu nehmen und ihre Berufstätigkeit zu unterbrechen bzw. später in den Job zurückzukehren. Damit ist weder den Kindern noch den Eltern geholfen.

Die Beispiele stehen hier nur stellvertretend für viele Kürzungen, die wir verhindern wollen. Sie treffen nicht nur Bürgerinnen und Bürger mit geringem Einkommen, sie verringern auch die Attraktivität der Stadt Duisburg drastisch.

Kultur und Sportangebote sind "weiche" Standortfaktoren und für die Kommunen ein Instrument zur Stadtentwicklung. Wir wollen, dass sich mehr Menschen entscheiden, weiter in Duisburg zu wohnen und hierher zu ziehen. Ein Kahlschlag im sozio-kulturellen Bereich, wie er uns vorgelegt wurde, jagt die Menschen aus der Stadt.

Wir haben uns für eine Grundsteuererhöhung entschieden, weil es sich gut Verdienende leisten können und Menschen, die Transferleistungen beziehen weniger bzw. nur im geringen Umfang trifft. Zu Recht wird jedoch kritisiert, dass es in Duisburg viele Menschen gibt, die wenig verdienen und die diese Form der kommunalen Steuer hart treffen wird. Wir nehmen diese Kritik an und werden unser künftiges kommunalpolitisches Engagement für unsere Stadt nicht nur auf diese Entscheidung beschränken.

Wir haben uns entschieden an dieser Steuer zu schrauben, weil wir nicht zusehen wollen, wie alles, was wir unter einer öffentlichen Daseinsvorsorge verstehen den Bach runter geht. Dazu gehören viele Maßnahmen, die zur Streichung anstanden, die die Bedingungen für mehr soziale Gerechtigkeit und Teilhabe an der Gesellschaft verbessern.

Die Finanzkrise in Duisburg sowie in vielen anderen Städten ist nicht selbstverursacht. Wir begrüßen daher das jüngst stattgefundene Treffen von 40 BürgermeisterInnen und Kämmerern in Kaiserslautern unter dem Motto „Für die Würde der Städte“, an dem auch unser Kämmerer, Herr Dr. Langner, teilgenommen hat. Es sind auch in der Vergangenheit bereits Bürgermeister „Baden gegangen“ um auf die finanziellen Nöte ihrer Stadt hinzuweisen. Wir hoffen, dass dieser

Zusammenschluss jetzt mehr politisches Gewicht hat, damit EU, Bund und Länder nicht weiter wegschauen.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen,

die Stadt Duisburg hat kein Ausgabeproblem, Duisburg hat ein Einnahmeproblem. Duisburg leidet unter anhaltend hohen Arbeitslosenzahlen und als direkte Folge daraus, unter hohen Sozialkosten.

Die unerträgliche finanzielle Situation in Städten wie Duisburg ist ein Symptom für politische Fehlentscheidungen und Nichtentscheidungen. Anlass zur Sorge bereitet nicht nur uns die wachsende Ungleichheit zwischen armen und reichen Kommunen. Die Aushöhlung der kommunalen Finanzhoheit zerstört alles in allem die Grundlagen der kommunalen Selbstverwaltung wie sie im Grundgesetz verankert ist.

Allein die Steuerausfälle aufgrund von Änderungen im Steuerrecht vergangener Bundesregierungen vom Jahr 2000 bis 2011 belaufen sich auf rund 17,16 Milliarden Euro. Es sind aber nicht nur Einnahmeausfälle, es werden auch Kosten weiter gereicht. Die Sozialausgaben stiegen in den letzten Jahren um 50 %. Die Entlastung des Bundes durch die Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei der Erwerbsminderung ab 2015 ist mittlerweile nur noch ein Tropfen auf den heißen Stein. Die hohen Einnahmeverluste sind jedoch nicht alles, gleichzeitig werden – allen Sonntagsreden zum Trotz – weitere Kosten auf die Kommunen abgewälzt. Wir begrüßen Gesetzesvorhaben wie den Ausbau von Kitas, die Verankerung der Inklusion und die menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen - gleichwohl muss festgestellt werden, wenn es ums Geld geht, ziehen sich Bund und Land aus der Verantwortung und lassen die Kommunen im Regen stehen.

An der Stelle kann ich nur unsere Forderungen wiedergeben:

Kommunen brauchen dauerhafte, verlässliche und deutlich höhere Einnahmen. Hochverschuldete Kommunen wie Duisburg brauchen einen Entschuldungsfond.

Ich möchte nochmals auf die kommunale Ebene zurückkommen, weil wir auch hier einiges tun können, um die Finanzlage der Stadt zu verbessern. Wir haben kein Verständnis dafür, dass eine hochverschuldete Stadt ihren Geschäftsführern der kommunalen Gesellschaften derart hohe Vergütungen zukommen lässt. Wir brauchen qualifizierte und kompetente Führungskräfte in den städtischen Unternehmen, die verantwortungsbewusst und effizient zum Wohle der Stadt arbeiten. Wir wollen auch, dass sie angemessen bezahlt werden.

Wir sehen aber keinen Grund, dass Verantwortliche in städtischen Gesellschaften Gehälter beziehen, die höher sind als das Einkommen unserer Bundeskanzlerin. Dies ist weder fachlich zu rechtfertigen noch den BürgerInnen zu vermitteln.

Deshalb sehen wir auch diesen Antrag als einen Beitrag zur finanziellen Entlastung. Dies gilt auch für eine Verringerung der Aufsichtsratsvergütung. Darüber wird in den vor uns liegenden Monaten sicher noch einiges zu diskutieren sein.

Auch im kommenden Haushaltsjahr werden wir auf vielen kommunalen „Baustellen“ zu tun haben. Dazu gehört die wirtschaftliche Entwicklung bei den Stadtwerken, die durch die energiepolitischen Entscheidungen der Bundesregierung vor großen Problemen stehen.

Beschäftigen wird uns weiterhin der gewaltige Investitionsbedarf der DVG und das für 2015 zu erwartende Revisionsurteil zur GMVA.

Auch die Situation am Klinikum hat sich aus unserer Sicht nicht verbessert. Für die dringend benötigte Dividendenzahlung in den städtischen Haushalt gibt es derzeit keine Signale. Im Gegenteil: Wir halten das Agieren des Sanakonzerns nicht für zielführend, um Geschäftsabschlüsse zu erreichen, die die Interessen der Stadt als Mehrheitsgesellschafterin sichern. Wir brauchen eine Vertragsrevision und sind sehr dafür, uns mit erfahrenen Akteuren neu aufzustellen.

Wir stehen für Rekommunalisierung und wollen die Eigenbetriebe prüfen. Wir wollen auch ein Konzept für die Unterbringung von Flüchtlingen, das verstärkt auf Unterkünfte in Wohnungen abzielt, weil es human ist und die Integration fördert. Gleichzeitig werden die Kosten verringert, wie andere Städte längst beweisen.

Wir wollen, dass Duisburg eine weltoffene Stadt bleibt und rassistische und fremdenfeindliche Gedanken kein Gehör finden. Kulturprojekte wie das Musikangebot für Kinder und Jugendliche in Rheinhausen oder die Lichterkette in Neumühl wären ohne bürgerschaftliches Engagement nicht denkbar. Dafür bedanke ich mich für das große Engagement von Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und privaten Initiatoren, die sich um die Integration der zugewanderten Menschen bemühen.

Ich werbe hier für die Unterstützung der gemeinsamen Anträge zum Haushalt 2015.

Unsere Fraktion bedankt sich an dieser Stelle für die Hilfe der Verwaltung insbesondere der Kämmerei, die uns bei der Haushaltsberatung beratend zur Seite stand.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit

Haushaltsrede zum Haushalt 2016

23.11.2015

Sehr geehrter Oberbürgermeister,
Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

das Erfreuliche an dieser Haushaltsrunde ist, dass es keine Notwendigkeit gibt, neue Löcher zu stopfen, nach neuen Einnahmequellen zu suchen oder weitere Kürzungen vorzunehmen.

Der Entwurf des Haushalts 2016 weist einen rechnerisch ausgeglichenen Haushalt aus. Dazu hat in den zurückliegenden Jahren auch unsere Fraktion beigetragen.

Die bisherige Haushaltspolitik einer rot-rot-grünen Mehrheit, die auf höhere Einnahmen und die Verhinderung eines sozialen Kahlschlags gesetzt hat, war also richtig.

Sie war vor allem richtig im Hinblick auf die Vorstellung einer Haushaltspolitik der anderen Parteien, wie sie Herbert Mettler in seiner Haushaltsrede 2013 in einer Stellungnahme zu Haushaltsanträgen der CDU benannt hat – Er sagte – Zitat -: „Das ist Voodoo-Ökonomie und erinnert mich an Sauerländische Finanzkonstruktionen der übelsten Art.“

Wir freuen uns natürlich auch über das sog. kleine Konjunkturprogramm der Bundesregierung für finanzschwache Kommune, das immerhin 80 Mio. Euro in den Duisburger Haushalt spülen wird.

Sie ändern aber nichts an den „Verwerfungen“ der kommunalen Finanzen. Die Kommunen brauchen eine bessere und auskömmliche Finanzausstattung, damit sie ihre Aufgaben erfüllen können, und keine Hilfspakete.

Die Städte müssen wieder in die Lage versetzt werden, selbst über ihre Finanzen bestimmen zu können.

Sehr kritisch sehen wir auch die Bürgerbeteiligung beim Haushalt. Selbst die Bürgerinformationen auf den bezirklichen Haushaltstagen wurden wieder abgeschafft.

Sicher, die Unterlagen des Haushaltsplan-Entwurfs sind auf der städtischen Homepage abrufbar. Aber die Form der Präsentation dürfte kaum ein Bürger verstehen.

Das Ergebnis: Es gibt nur einen einzigen Bürger von knapp einer halben Million Einwohner, der eine Eingabe dazu gemacht hat.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Was den vorliegenden Haushaltentwurf 2016 betrifft, haben wir in den letzten Wochen zahlreiche Informationsgespräche mit der Verwaltung aber auch mit Vereinen, Verbänden, Gewerkschaften und der Personalvertretung geführt.

Die Fraktion DIE LINKE wird diesem Haushalt nicht zustimmen. Wir haben uns diese Entscheidung nicht leicht gemacht. Aber so einfach und berechenbar, wie sich der Haushaltssanierungsplan für das Jahr 2016 fortsetzt, so einfach und planbar verläuft das soziale Leben weder in dieser Stadt noch in diesem Land.

Wir stehen vor einer großen Herausforderung, die mit diesem Haushalt keineswegs abgedeckt werden kann.

Lassen Sie mich die Gründe für unsere Ablehnung erläutern:

Duisburg ist eine Stadt mit anhaltender und ausgeprägter Armut. Die Armutsquote liegt inzwischen bei 20% der gesamten Stadtbevölkerung.

In unserer Stadt leben fast 90.000 Menschen in prekären Lebensverhältnissen. Trotz verbesserter Wirtschaftsdaten auf Bundesebene verzeichnet Duisburg eine steigende Anzahl von Langzeitarbeitslosen.

Die Arbeitslosenquote stagniert kontinuierlich auf einem hohen Niveau. Duisburg trägt regelmäßig die rote Laterne in der Arbeitslosenstatistik NRW.

„10 Jahre Hartz IV – zehn verlorene Jahre“ ist Titel und Inhalt der Nationalen Armutskonferenz, die von verschiedenen Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaften getragen wird. Diese Bilanz kann ich Ihnen nur wärmstens empfehlen, insbesondere die Schlussfolgerungen, die ja schon aus dem Titel hervorgehen.

Es wird viel über eine Flüchtlingskrise geredet, aber wir haben keine Flüchtlingskrise, sondern eine Krise der sozialen Gerechtigkeit.

Das betrifft alle, die hier in prekären Lebenslagen - teilweise schon seit vielen Jahren - leben, Menschen aus Südosteuropa und Flüchtlinge. Viele von ihnen werden zukünftig Einwohner dieser Stadt sein und brauchen eine Lebensperspektive.

Auch das wird es nicht zum Nulltarif geben. Bisher hat es die Stadt - wie es Dezernent Spaniel bemerkt - geschafft, Obdachlosigkeit zu verhindern. Was noch aussteht, sind Maßnahmen zur Integration: Sprache, Schule, Ausbildung, Integration in den Arbeitsmarkt und die Unterbringung in richtigen, geeigneten Wohnungen.

Das wichtigste politische Handlungsfeld in Duisburg ist die Sozialpolitik. Hier brauchen Kommunen die Unterstützung von Land und Bund. Aber gerade in der Sozialpolitik versagt insbesondere die Bundespolitik völlig.

Die steigenden Kosten für Kitas, Schulen und Arbeitsmarktförderungsprogramme und die dafür notwendigen Investitionen werden nur in Bruchteilen durch finanzielle Mittel von Land und Bund unterstützt.

Duisburg braucht aber jetzt Fördermittel u.a. für frühkindliche Förderung und für Integrations- und Bildungsprojekte. Die Investitionen, die heute in Kitaausbau, Schule, Bildung und Beschäftigung

fließen entscheiden darüber, ob Arbeitslose wieder in Beschäftigung kommen, ob zugewanderte Jugendliche ausreichend auf den Schulunterricht vorbereitet und aufgenommen werden und ob Kinder in armen Lebensverhältnissen in 15 Jahren zum Jobcenter gehen oder Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben.

Hinzu kommt, dass die deutschen Kommunen, und unter ihnen im Speziellen die nordrheinwestfälischen Kommunen, sich einem gigantischen Investitionsstau gegenüber stehen.

Auf die Kommunen entfällt die Hälfte aller Investitionen deutschlandweit. Sie müssen für den Bau von Schulen, Kitas, Verkehrswegen etc. aufkommen.

Nun wird allerdings seit Jahren immer weniger investiert.

Von 1992 bis 2013 haben sich die Sachinvestitionen in NRW von ca. 6 Mrd. € auf ca. 2,5 Mrd. € mehr als halbiert.

Noch dramatischer zeigt sich der Rückgang der Investitionen in NRW an der Investitionsquote. Aktuell beträgt die Investitionsquote nur noch ca. ein Drittel des Wertes von 1992.

Dieser Rückgang wurde nur einmal kurzfristig dadurch abgefedert, dass 2009 im Rahmen des Konjunkturpaketes II die kommunalen Investitionen leicht anstiegen. Danach sanken sie jedoch sofort wieder weiter.

Nun sollen in Duisburg 80 Mio. € durch die sogenannte Investitionsoffensive des Bundes investiert werden.

Zunächst muss festgehalten werden, dass zu erwarten ist, dass uns nach diesen Investitionen durch das „Konjunkturpaket III“ das gleiche Schicksal ereilt, wie es nach 2009 passierte und die Investitionen in den Folgejahren wieder rapide sinken werden.

Darüber hinaus ist zu erwarten, dass der immense Investitionsstau durch die Investitionen in Höhe von 80 Mio. € im besten Falle leicht reduziert wird. Dies ist keine langfristige Lösung. Allein die von der Verwaltung zusammengetragene Maßnahmenliste über alle notwendigen Investitionen in Duisburg beläuft sich auf 800 Mio. €. Es wäre demnach also das zehnfache Investitionsvolumen notwendig, um den Investitionsstau nachhaltig aufzulösen.

Die mangelhafte Finanzausstattung der Stadt Duisburg zeigt sich anschaulich an den quasi nicht stattfindenden Investitionen in den ÖPNV. Im Zuge der Investitionsoffensive werden 1,5 Mio. € in Busse und Bahnen in Duisburg investiert. Dies ist eine lächerlich kleine Summe, wenn man sich vergegenwärtigt, dass bis zum Jahr 2035 die unvorstellbare Summe von einer halben Mrd. € notwendig sein wird, um den ÖPNV in Duisburg zu erhalten und zukunftssicher zu machen.

Wir fahren unsere gesamte Infrastruktur – Straßen, Plätze, Gebäude oder den ÖPNV - schon seit Jahren nur „auf Verschleiß“. Die zur Wiederherstellung erforderlichen Kosten steigen dadurch von Jahr zu Jahr.

Es findet darüber hinaus eine Entmündigung und Entdemokratisierung der Kommunen statt, da diesen die Entscheidungsfreiheit genommen wird, in welche Bereiche und in welchem Umfang sie investieren dürfen.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Die Medien berichten seit vielen Wochen über die ankommenden Flüchtlinge in Deutschland.

Landes- und BundespolitikerInnen und nicht zuletzt unsere Bundeskanzlerin werden nicht müde, die sozialen Herausforderungen, vor die uns die Integration der Menschen stellt, mit der Situation nach dem zweiten Weltkrieg und dem Fall der Mauer 1989 zu vergleichen.

Wir sagen, es ist richtig, dass wir vor riesigen Aufgaben bei der Integration stehen. Aber in einer Stadt wie Duisburg ist die Verbesserung der sozialen Lage der Menschen – unabhängig von ihrer Herkunft – die größte Herausforderung. Wer in den einzelnen Stadtteilen unterwegs ist weiß, wie dramatisch die Lebenssituation dort ist.

Und das ist sie für Alle – egal ob es die Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften, die Familien aus Südosteuropa oder die Flüchtlinge sind. Duisburg braucht alle Anstrengungen, um gegen zunehmende Verarmung vorzugehen.

Ich möchte mich für meine Fraktion an dieser Stelle sowohl bei der Sozialverwaltung als auch bei den ehrenamtlichen HelferInnen bedanken, die sich bis an ihre Belastungsgrenze um Integrations- und Stadtteilprojekte kümmern. Insbesondere nach den Attentaten in Paris wurde deutlich, wie wichtig der interreligiöse Dialog – auch in Duisburg - ist und bleibt.

Wir brauchen auch deshalb ein Programm, das allen Einwohnern dieser Stadt eine Lebens- und Arbeitsperspektive gibt. Wer von „Willkommenskultur“ redet, der muss auch Türen öffnen und praktische Unterstützung bieten.

- Wenn sich Unternehmen weigern, Ausbildungsplätze anzubieten, muss es möglich sein, kommunal gegenzusteuern um außerbetriebliche Ausbildungsplätze anbieten zu können.
- Hier brauchen wir mit den Wohlfahrtsverbänden und der GfB eine Offensive. Gerade bei den Flüchtlingen gibt es viele junge Menschen, die eine besondere Unterstützung brauchen.
- Wir brauchen die Ausbildung und Beschäftigung von jungen Menschen aus Zuwandererfamilien auch in der Duisburger Stadtverwaltung.
- Wenn nach 10 Jahren Hartz IV festgestellt werden kann, dass es mit dem Fördern nicht weit her ist, weil Arbeitsförderungsprogramme nicht mehr bezahlt werden, dann muss es auch hier möglich sein, kommunal gegenzusteuern.
- Wir brauchen einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, der sozialversicherte Arbeitsplätze schafft. Die Hartz-IV Gesetzgebung drängt jeden, praktisch jede Arbeit anzunehmen und droht ansonsten mit Kürzungen. Diese Zwangssituation trägt zur Verfestigung von Niedriglöhnen bei - ein Berufsleben, an das sich dann die garantierte Altersarmut anschließt.
- Wenn es Stadtteile gibt - wie es in Duisburg der Fall ist – in denen jedes zweite Kind in Armut lebt, dann muss es dort besondere Anstrengungen geben, damit Armut nicht zur Erbkrankheit wird.
- Die Analysen haben gezeigt, dass Armut, unabhängig von der elterlichen Bildung, ein hohes Risiko für die Entwicklung von Kindern ist. Armutsforscher empfehlen einen frühen Kitabesuch und sportliche Aktivitäten. Hier muss insbesondere der U3-Ausbau vorangetrieben und die Einrichtungen personell und finanziell aufgestockt werden.

- Bei der Nutzung von Mitteln des Bildungs- und Teilhabegesetzes für die kulturelle, sportliche oder musische Teilhabe bestehen deutliche Lücken. Um diese Mittel nicht ungenutzt zu lassen, sollten verstärkt Kitas, Schulen, Eltern und Sozialagenturen vernetzt werden.
- Wenn wir nicht zulassen wollen, dass wir zukünftig auch in Duisburg von Wohnungslosigkeit betroffen sind, dann müssen wir jetzt aktiv werden. Im Jahr 2014 waren 335000 Menschen in Deutschland ohne Wohnung. Bis 2016 prognostiziert die BAG-Wohnungslosenhilfe (BAG) eine Zunahme der Wohnungslosigkeit auf über 400000 Menschen. In Duisburg gibt es im Gegensatz zu vielen Städten in NRW leer stehenden Wohnraum.
- Hier besteht allerdings ein riesiger Sanierungsstau, da die Siedlungen der frühen 1950er und 60er Jahre einen hohen ökologischen und energetischen Erneuerungsbedarf haben. Darüber hinaus fehlt eine Neubausubstanz. Eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft muss auch hier in die Lage versetzt werden, bedarfsgerecht den Mangel zu beheben.

Wir gehen davon aus, dass es auch in diesem Rat Zustimmung einzelner KollegInnen für unsere Forderungen gibt. Sehr unterschiedlich wird allerdings die Betrachtung der finanziellen Rahmenbedingungen und der nötigen Investitionsmittel sein. Hier sind wir nach wie vor der Meinung, dass die im Haushalt angesetzten Mittel nicht ausreichend sein werden.

Die großen „Baustellen“ im Sozialbereich, bei der Integration und der Sicherung des öffentlichen Nahverkehrs sind nicht mehr mit den finanziellen Mitteln, die der Stadt zur Verfügung stehen, zu stemmen. Wir können und wollen daher dem Haushalt unsere Zustimmung nicht geben. Wir brauchen Investitionen und Maßnahmen für die Zukunft, und zwar heute.

Gesetzliche Vorgaben begünstigen zumeist Menschen mit hohem Einkommen und das schon so oft und so lange, dass die Vermögens- und Einkommensunterschiede absolut unanständig sind und den sozialen Zusammenhalt gefährden.

An die enormen Vermögen und Erbschaften gehen die verantwortlichen Politiker nicht heran. Hier ruht das mit Abstand meiste Geld, das für wichtige Maßnahmen, die hier nur ansatzweise dargestellt wurden –so dringend gebraucht wird.

Zum Abschluss möchte ich mich bei der Verwaltung für die gute Unterstützung in der Haushaltsberatung bedanken. Insbesondere möchte ich die Gelegenheit nutzen, mich im Namen meiner Fraktion für die langjährige Information und fachliche Beratung des Kämmerers Herrn Dr. Langner bedanken. Wir waren mit ihm manchmal unterschiedlicher Meinung aber nie ohne kompetente und ausführliche Informationen.

Wir wünschen Herrn Dr. Langner einen angenehmen Ruhestand und persönlich alles Gute.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit,

Martina Ammann-Hilberath

Fraktionsvorsitzende